

E i n l a d u n g

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 08.02.2011, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 27.01.2011

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung
- TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3** Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.12.2010
- TOP 4** Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011
Vorlage: 2010/202A – Berichterstatter: Bürgermeister Decker –
- TOP 5** 5. Änderung des Bebauungsplanes 23 - Hankhausen
Vorlage: 2011/006 – Berichterstatter: Herr Zörgiebel –
- TOP 6** Bebauungsplan 79 E - Südlich Schlosspark
Vorlage: 2011/005 – Berichterstatter: Herr Zörgiebel –
- TOP 7** Sanierungssatzung ehemalige Schloßgärtnerei
Vorlage: 2011/009 – Berichterstatter: Herr Zörgiebel –
- TOP 8** 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2011
Vorlage: 2011/002 – Berichterstatter: Herr Finkeisen –
- TOP 9** Schließung der Sitzung

Anmerkung: Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Anfragen an den Bürgermeister stellen können.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/202A

freigegeben am 26.01.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Kobbe, Ralf

Datum: 26.01.2011

Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

08.02.2011

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Rastede bildet für die Kommunalwahl 2011 einen Wahlbereich.

Sach- und Rechtslage:

Beschlussauszug

nicht öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 25.01.2011

Tagesordnungspunkt 6

Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011

Vorlage: 2010/202

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Decker regt an, die Tagesordnungspunkte 5 „Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“ und 6 „Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011“ gemeinsam zu beraten.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen diesbezüglich keine Bedenken.

Herr Langhorst verweist auf die ausführliche Begründung im eingereichten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und spricht sich entsprechend für die Einrichtung eines Wahlbereichs aus. Er betont dabei insbesondere, dass es ein Plus an Demokratie bedeutet, wenn alle Kandidaten von allen Bürgern im Gemeindegebiet gewählt werden können.

Herr von Essen bemerkt, dass sich die Mehrheitsgruppe intensiv mit der Thematik beschäftigt hat und letztendlich zu der Auffassung gekommen ist, dass insbesondere die Situation im Hauptort bei der Trennung in zwei Wahlbereichen problematisch und für den Wahlberechtigten teilweise nicht nachvollziehbar ist. So war es beispielsweise bislang möglich,

dass ein Nachbar auf der einen Straßenseite einen Kandidaten auf der anderen Straßenseite nicht wählen konnte. Er gibt zu verstehen, dass sich vor diesem Hintergrund die CDU/UWG/FDP-Gruppe für die Kommunalwahl 2011 für einen Wahlbereich ausspricht.

Herr Düser und Herr Haake schließen sich den Ausführungen an und betonen ebenfalls, dass ein Wahlbereich im Gemeindegebiet die beste Lösung darstellt.

Frau Reiners gibt zu verstehen, dass ein Wahlbereich zwar viele Vorteile birgt, jedoch die Kandidaten der größeren Parteien von den Wählern nur schwer auf der dann zwangsläufig längeren Liste zu finden sind.

Herr Kramer betont, dass sich die bisherige Aufteilung in zwei Wahlbereiche in der Gemeinde Rastede bewährt hat und obendrein damit auch die Außenbereiche gestärkt worden sind. Von daher ist aus Sicht der SPD-Fraktion eine Neuregelung nicht erstrebenswert.

Herrn Düser erkundigt sich, ob es bei der Abgrenzung der Wahlbezirke Entfernungsgrenzen gibt und ob auch künftig die Wahlberechtigten aus dem Gebiet der ehemaligen Ziegelei Hankhausen zum Wahllokal nach Delfshausen fahren müssen.

Bürgermeister Decker erläutert, dass es bei der Entfernung zum Wahllokal keine festgelegten Höchstgrenzen gibt. Dessen ungeachtet kann jedoch seitens der Verwaltung die jeweilige Zuordnung der Wahlberechtigten zu einem Wahllokal noch einmal geprüft und gegebenenfalls sinnvoll korrigiert werden.

Beschlussempfehlung:

Die Gemeinde Rastede bildet für die Kommunalwahl 2011 einen Wahlbereich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Hinweis: Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Einteilung von Wahlbereichen zur Kommunalwahl 2011“ (Vorlage 2010/210) ist inhaltlich vollumfänglich in die Beschlussempfehlung eingeflossen, sodass auf eine gesonderte A-Vorlage in Absprache mit dem Antragsteller verzichtet wurde.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Anlage 1 – Vorlage 2010/202 Vorschlag der Verwaltung

Anlage 2 – Vorlage 2010/210 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/006

freigegeben am 10.01.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 10.01.2011

5. Änderung des Bebauungsplanes 23 - Hankhausen

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.02.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	08.02.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	08.02.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.02.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 – Hankhausen nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 07.12.2010 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/184). Diese fanden in der Zeit vom 17.12.2010 bis 17.01.2011 statt.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Weitere Erläuterungen werden in der Sitzung durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 30.11.10 VA 07.12.10	Entfällt	17.12.10 – 17.01.11	Ratssitzung am 08.02.2011

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

Anlage 1-Abwägungsvorschläge

Anlage 2-5. Änderung Bebauungsplan 23 – Mühlenhof, Begründung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/005

freigegeben am 10.01.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 10.01.2011

Bebauungsplan 79 E - Südlich Schlosspark

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.02.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.02.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	08.02.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 01.02.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 E – Südlich Schlosspark nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 26.10.2010 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/157).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 13.11. bis 13.12.2010 statt. Seitens des Landkreises Ammerland gab es Anregungen hinsichtlich der vorhandenen Wallhecken und des Denkmalschutzes des Hirschtors. Durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr GB Oldenburg wurde u. a. die Anlage eines Geh- und Radweges angesprochen. Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen hierzu werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 12.12.05 VA 13.12.05	20.12.05- 10.01.06	13.11.10 – 13.12.10	Ratssitzung am 08.02.11

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung mit Umweltbericht
3. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2011/009**

freigegeben am 17.01.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 17.01.2011**Sanierungssatzung ehemalige Schloßgärtnerei****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	01.02.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.02.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	08.02.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung für den Bereich „ehemalige Schloßgärtnerei“ werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die beigelegte Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes ehemalige Schloßgärtnerei wird beschlossen. Die Sanierung wird im umfassenden Verfahren durchgeführt. Die Vorschriften der §§ 144, 152 – 156a BauGB über genehmigungspflichtige Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgänge, sowie Ausgleichsleistungen finden Anwendung.

Sach- und Rechtslage:

Für das Gebiet der ehemaligen Schloßgärtnerei Rastede (Oldenburger Str. 169) soll eine Umnutzung zur Wohnbebauung erfolgen. Der Bereich lag nach Betriebsende jahrelang brach, mittlerweile hat allerdings ein Investor den Grundbesitz durch Vertrag zum Zwecke der Durchführung der Bebauungsentwicklung optioniert und bedingt erworben.

Es wurden im o. g. Bereich städtebauliche Missstände und Mängel festgestellt, welche die Durchführung einer Sanierungsmaßnahme notwendig machen und rechtfertigen.

Über einen städtebaulichen Vertrag wird daraufhin das Ziel der Erstellung einer Sanierungssatzung sowie eine Änderung des Flächennutzungsplanes für das betreffende Gebiet vereinbart.

Rechtliche Voraussetzung und Grundlage für die förmliche Festlegung des Gebietes der ehemaligen Schloßgärtnerei als Sanierungsgebiet und die anschließende Sanierungsdurchführung ist die vorbereitende Untersuchung durch die Abalio GmbH & Co. KG. Abstimmungen mit Trägern öffentlicher Belange sind bereits vorab erfolgt.

Entsprechend § 141 Abs. 2 BauGB kann auf eine vorbereitende Untersuchung durch die Gemeinde verzichtet werden, da bereits eine die Sanierung vorbereitende Untersuchung vorliegt, die für eine Beurteilung ausreicht.

Die Sanierungsmaßnahmen sollen innerhalb eines Zeitraumes von 15 Jahren abgeschlossen sein. Nach Abschluss der Maßnahmen ist diese Satzung wieder aufzuheben.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Altlastenuntersuchung Teil 1.
2. Altlastenuntersuchung Teil 2.
3. Geotechnische Stellungnahme
4. Sanierungssatzung
5. Sanierungsgebiet
6. Sanierungssatzung Begründung

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2011/002**

freigegeben am 06.01.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 06.01.2011**1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2011****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	25.01.2011	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	25.01.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	08.02.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2011 wird beschlossen.
2. Der 1. Nachtragshaushaltsplan 2011 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen

im Ergebnishaushalt

bei den Erträgen mit	24.461.476 Euro
bei den Aufwendungen mit	24.461.476 Euro

im Finanzhaushalt

bei den Einzahlungen aus laufender. Verwaltung	22.258.569 Euro
bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltung	21.874.730 Euro
bei den Einzahlungen aus Investitionen	5.315.435 Euro
bei den Auszahlungen aus Investitionen	9.793.161 Euro
bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.846.710 Euro
bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.752.823 Euro

beschlossen.

3. Das Investitionsprogramm 2010 bis 2014 wird beschlossen.
4. Die Finanzplanung 2010 bis 2014, soweit sie sich gegenüber dem Haushaltsplan 2011 geändert hat, wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Der Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung ist in § 87 NGO geregelt. Danach ist in bestimmten Fällen zwingend eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen; im Übrigen steht der Erlass im Ermessen der Gemeinde.

Die Gemeinde Rastede hat die Möglichkeit in 2011,

- das Industriegebiet im Gültigkeitsbereich des Bebauungsplanes 86, Autobahnkreuz Oldenburg Nord, durch eine Unterstützungsmöglichkeit des Landes im Zusammenhang mit der Entwicklung der Infrastruktur zu entwickeln. Hierfür ist es erforderlich, Grundstücke anzukaufen, die Erschließungsstraße zu bauen sowie die Abwasserbeseitigungseinrichtungen herzustellen.
- am Brombeerweg westlich der Tannenkrugstraße ein Gewerbegebiet zu erschließen (BPlan 68 d „Westlich Tannenkrugstraße“);
- umfangreicher als ursprünglich geplant Wohnbaugrundstücke im vierten Abschnitt des Baugebietes südlich Schlosspark zu verkaufen.

Außerdem ist es notwendig, auf dem Bauhof die Salzlagerstätte zu errichten.

Die v.g. Entwicklungsmaßnahmen für die Baugebiete sind im Haushaltsplan 2011 nicht bzw. nur teilweise veranschlagt. Sie haben einen Umfang, der eine Nachtragshaushaltssatzung und ein Nachtragshaushaltsplan erforderlich werden lässt. Die zusätzlichen Einnahmen aus dem Verkauf der Grundstücke im Baugebiet „Südlich Schlosspark“ und die Salzhalle werden im Zuge des Nachtrags gleichzeitig beordnet.

Eine Änderung des Ergebnishaushalts durch eine Nachtragshaushaltssatzung ist nicht erforderlich, weil

- die veranschlagten Zinsen für den höheren Kreditbedarf ausreichend sind. Die Zinsen in dem Haushaltsplan 2011 sind ausreichend veranschlagt, weil der Kreditbedarf 2010 in der geplanten Höhe nicht eingetreten ist.
- der sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 86 ergebende Nettoaufwand den erwarteten Überschuss des Ergebnishaushalts nicht aufzehrt. Der Ergebnishaushalt bleibt insgesamt ausgeglichen.
- im Übrigen keine Sachverhalte vorliegen, die eine Nachtragshaushaltssatzung zwingend vorschreiben.

Der Investitionssaldo dieses Nachtrages in Höhe von 2.189.600 Euro geht vollständig zu Lasten einer Kreditaufnahme. Der Jahresabschluss 2010 liegt noch nicht vor. Es ist aber aufgrund der vorläufigen Zahlen erkennbar, dass kassenbestandsmäßig kein Überschuss vorhanden ist, der für eine weitere Kreditvermeidung eingesetzt werden könnte.

In den Anlagen (Investitionsprogramm und Neuinvestitionen) sind die neuen Ansätze zu sehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sachverhalt.

Anlagen:

Anlage 1: Nachtragshaushaltssatzung

Anlage 2: Investitionsprogramm

Anlage 3: Übersicht über die geänderten Sachkonten

Anlage 4: Gesamtplan